

Anfrage 4

Gremium	Termin	Status
Stadtrat	25.01.2021	öffentlich

Anfrage der AfD-Fraktion im Stadtrat Ludwigshafen; Seebrücke

Vorlage Nr.: 20212827

Stellungnahme der Verwaltung

1. Ist der Stadtverwaltung bekannt, dass die Bewegung „Seebrücke. Schafft sichere Häfen“ vom Verfassungsschutz Hamburg als linksextremistische Vorfeldorganisation angesehen und dem Umfeld der als linksextremistisch und gewaltbereit eingestuft Interventionistischen Linken zugeordnet wird (Verfassungsschutzbericht Hamburg 2018)?

Im aktuellen Hamburger Verfassungsbericht von 2019 steht auf S. 127-128: „*Nach wie vor verfolgt die IL HH sehr aktiv die Strategie der Entgrenzung und versucht selbst oder über die von ihr beeinflussten Gruppen „Ende Gelände Hamburg“ und „Seebrücke Hamburg“ ihre Position in bürgerliche Bevölkerungsgruppen zu transportieren.*“

Weder im Verfassungsschutzbericht 2019 von Rheinland-Pfalz noch des Bundes ist die „Seebrücke“ erwähnt.

2. Ist der Stadtverwaltung bekannt, dass die Seebrücke mehrfach (zuletzt am 17.01. in Hamburg) gemeinsam mit vom Verfassungsschutz als linksextremistisch eingestuften Organisationen (wie z.B. dem dem Autonomen Zentrum Rote Flora) zu Demonstrationen aufruft?

Siehe Antwort 1.

3. Ist der Stadtverwaltung bekannt, dass dieses Umfeld den Stadtrat der Stadt Alpen im Frühjahr der Stadt Alpen (Nordrhein-Westfalen) im Frühjahr 2020 dazu bewegt hat, sich nicht an der Aktion „Sicherer Hafen“ zu beteiligen?

Diese Aussage ist nicht richtig!

Die Gemeinde Alpen ist seit dem 23.06.2020 Mitglied der Organisation Seebrücke.
<https://www.lokalkompass.de/alpen/c-politik/gemeinde-alpen-erklaert-beitritt-zum->

buendnis_a1471673

4. Hält die Stadtverwaltung diese Erkenntnisse für die Außenwirkung und Selbstwahrnehmung der Stadt Ludwigshafen für problematisch oder spielen sie für eine fortgesetzte Teilnahme an diesem Bündnis keine Rolle?

Mit Stadtratsbeschluss vom 04.11.2019 ist die Ludwigshafen „Sichere Häfen“- Stadt geworden. Rat und Verwaltung möchten einen humanitären Beitrag zu einer menschenwürdigen Unterbringung der Schutzsuchenden in Europa leisten.

Mittlerweile ist die Stadt Ludwigshafen genauso wie viele weitere Kommunen, dem Bündnis "Städte Sicherer Häfen" beigetreten. Ziel dieses Bündnisses ist eine Aufnahmeregelung der aus Seenot Geretteter auf der Basis rechtsstaatlicher Regelungen. Insofern sehen wir keine Veränderung unseres Handeln als notwendig